

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 4

Artikel: Neue deutsche Wirtschaftspolitik
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337922>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neue deutsche Wirtschaftspolitik

Die Rezession in der deutschen Bundesrepublik hat sich verschärft und zu einer eigentlichen Depression ausgeweitet. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Februar auf 670 000 oder mehr als 3 Prozent der Arbeitswilligen angestiegen, obschon die Zahl der Fremdarbeiter reduziert wurde. Am schlimmsten ist die Lage im Kohlenbergbau. Die Konkurrenz des Erdöls hat den Kohlenkonsum stark vermindert. Die Kohlenhalden sind auf 21 Millionen Tonnen angewachsen (den zwanzigfachen Jahresbedarf der Schweiz), obschon zahlreiche Zechen stillgelegt worden sind.

Noch bedenklicher als diese Strukturkrise ist der Rückgang der Beschäftigung in der übrigen Industrie und im Baugewerbe. Seit dem Herbst sind die Aufträge von Monat zu Monat zurückgegangen, und im Dezember lag die gesamte industrielle Produktion um 2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Gesunken ist vor allem die Erzeugung von Investitionsgütern, also von Maschinen und Fahrzeugen. Einen Lichtblick bringt jetzt der Auftrag für den Bau von fünf Frachtschiffen, den eine englische Reederei im Betrage von 280 Millionen DM an Hamburger Werften erteilt hat.

Die neue Regierung der CDU/SPD sah sich gleich am Anfang zwei Aufgaben von gewaltigem Ausmass gegenüber: der Finanzkrise im Staat und dem Rückwärtsgang in der Wirtschaft. Die finanziellen Schwierigkeiten sind durch einige kühne Massnahmen vorläufig behoben worden. Den Konjunkturereinbruch zu meistern, wird mehr Mühe verursachen.

Ein sozialistischer Wirtschaftsminister

Der neue Bundesminister für Wirtschaft, Prof. *Karl Schiller*, verfügt als Dozent an der Hamburger Hochschule über ausgezeichnete theoretische Kenntnisse wie auch über grosse praktische Erfahrungen als früherer Wirtschaftsberater von Berlin. Er hat stets die SPD an den Wirtschaftskonferenzen der Sozialistischen Internationale vertreten.

Er hat Sofortmassnahmen an die Hand genommen, um den Absatz einer Mindestmenge von Steinkohle in den thermischen Kraftwerken und in der Stahlindustrie zu sichern, was im letztern Fall aber nur mit Subventionen möglich ist. Schiller ist sich jedoch bewusst, dass Deutschland sich auf die Dauer nicht leisten kann, eine teurere Energiequelle — das ist heute die Kohle — zu benützen als die Konkurrenzländer. Wichtigstes Ziel muss sein, eine strukturelle Umgestaltung durchzuführen durch Ansiedlung anderer Unternehmungen in den betroffenen Gebieten.

Ankurbelung durch Krediterleichterungen

Um der Depression in den andern Sektoren der deutschen Volkswirtschaft zu begegnen, hat die neue Regierung ein Abgehen von der restrikt-

tiven Kreditpolitik verlangt. Sie ist deswegen zuerst in einen Streit mit der Notenbank geraten, die der Meinung war, die Dämpfung müsse fortgesetzt werden, da die Teuerung immer noch anhalte. Schliesslich hat sich der Präsident der Bundesbank, *Karl Blessing*, zu einem Kompromiss mit Schiller bereitgefunden: Zu Beginn dieses Jahres wurde der Diskontzins der Bundesbank von 5 auf 4¹/₂ Prozent gesenkt, und Mitte Februar folgte ein zweiter Abbau auf 4 Prozent. Gleichzeitig wurde die Liquidität der Banken gelockert durch eine Herabsetzung der vorgeschriebenen Mindestreserven.

Damit sind von der Kreditseite her einige Voraussetzungen für eine Ankurbelung der Wirtschaft geschaffen worden. Das wird aber nicht genügen. Deshalb sollen bedeutende Staatskredite für Investitionen freigegeben werden; 2¹/₂ Milliarden DM sind in Aussicht genommen. Es wird aber geraume Zeit vergehen, bis sich das auf dem Arbeitsmarkt auswirkt, und es dürfte schwerhalten, den in den letzten Monaten entstandenen Beschäftigungsrückgang vor dem zweiten Semester aufzuholen.

Schillers Konzeption

Karl Schiller vertritt eine Konzeption der Wirtschaftspolitik, die sich auf die heutigen Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaft gründet. Er sucht durch umsichtige Planung das «magische Dreieck» zu verwirklichen: *Vollbeschäftigung* bei ausgeglichener Zahlungsbilanz und möglichst *stabilem Preisniveau*. Als er kürzlich vor der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Zürich darüber sprach, wurden seine Ausführungen in der Presse beifällig aufgenommen und fast als neue Entdeckung empfunden. Dabei gehört diese Auffassung seit vielen Jahren zum Gedankengut der sozialdemokratischen Bewegung. Sie hat ihren Niederschlag im Godesberger Programm der SPD wie auch im Winterthurer Programm der SPS gefunden. Diese Grundsätze moderner Wirtschaftspolitik sind auf einer Tagung der Wirtschaftsexperten der Internationale erarbeitet worden.

Ähnliche Postulate sind bei jeder passenden Gelegenheit von der sozialdemokratischen Fraktion im eidgenössischen Parlament wie auch in unserer Presse verfochten worden. Es sei verwiesen auf die Forderungen nach konjunkturgerechter Finanzpolitik und nach flexiblen Steuersätzen, die übrigens früher auch vom Bundesrat übernommen worden sind, aber bei der Mehrheit der Räte nicht genehm waren. Dank günstigen äusseren Umständen sind wir, was die Beschäftigung anbetrifft, bis jetzt gut davon gekommen. Immerhin ist die gegenwärtige Finanzkrise eine Folge der Missachtung einer voraussehenden Planung. Und für die Überwindung des Kapitalengpasses und der Zinsverteuerung benötigt die Schweiz ebenfalls ein Team von der Währung Schiller/Blessing.

Selbstverständlich erschöpft sich die neue deutsche Wirtschaftspolitik nicht in den nun vorgenommenen Krediterleichterungen und der Inan-

griffnahme öffentlicher Investitionen. Wirtschaftsminister Schiller ist auch in Verbindung getreten mit den Sozialpartnern und will durch periodische Fühlungnahme mit ihnen erreichen, dass die Preis- und Lohnbegehren sich in einem vertretbaren Rahmen bewegen. Es soll also eine Art Einkommenspolitik eingeleitet werden, freilich auf freiwilliger Basis. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben sich zu einer solchen Kontaktnahme bereit erklärt.

Es ist zu wünschen, dass das Schiff der deutschen Volkswirtschaft dank dem initiativen und zielbewussten neuen Steuermann zwischen Skylla und Charybdis, das heisst zwischen Krise und Inflation, hindurchgeführt werden kann. Das ist auch für unser Land wichtig, denn die Bundesrepublik ist das wichtigste Absatzgebiet unserer Industrie.

(Vgl. dazu Nr. 53 der Berner «Tagwacht», die in der glücklichen Lage ist, in regelmässigen Abständen die von Prof. M. Weber verfassten fundierten Artikel über volkswirtschaftlich aktuelle Probleme zu veröffentlichen. Red.)

Dr. phil. H. Wintsch

Eidgenössische Bildungsschranken

Es gehört zu den gesetzgeberischen Funktionen eines Staates, das berufliche Wissen und Können seiner Bürger zu überwachen und zu reglementieren. Die Vorschriften, die zu diesem Zwecke erlassen werden, müssen naturgemäss um so strenger sein, je folgenreicher sich eine Berufstätigkeit innerhalb der menschlichen Gemeinschaft auswirkt. Da es dem Menschen zunächst und vor allem um die Erhaltung und Sicherung seiner leiblichen Existenz geht, ist die obrigkeitliche Kontrolle dort am schärfsten, wo Leib und Leben auf dem Spiel stehen, und die staatlichen Behörden werden somit zu Recht von all jenen Leuten höchste berufliche Befähigung verlangen, denen menschliches Leben unmittelbar anvertraut ist, zuvorderst also von den *Ärzten*. Mit der Aufsicht über Ausbildung und Tätigkeit derer, denen das geistige Leben, die geistig-seelische Gesundheit und Entfaltung des Menschen überantwortet ist, etwa der Pädagogen aller Stufen, nimmt es der Gesetzgeber weniger genau. Aber dies nur nebenbei.

In der Schweiz liegt die Unterrichtshoheit, einschliesslich der über das höhere Schulwesen, grundsätzlich und verfassungsrechtlich bei den Kantonen. Anders verhält es sich mit der Berufsbildung. Zwar steht nach Artikel 14 des Bundesgesetzes von 1963 über die Berufsbildung die Aufsicht über die Berufslehre ebenfalls den kantonalen Behörden zu. Der Erlass der für die einzelnen Berufe geltenden Prüfungsreglemente, die Bestim-